



## Antrag 190/I/2015

### Beschluss

Annahme in der Fassung des Parteitages  
AG Migration und Vielfalt  
Der Landesparteitag möge beschließen:  
Der Bundesparteitag möge beschließen:

### Ein „Staatsvertrag“ mit symbolischem Wert

Wir fordern die SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder auf, bei den weiteren Schritten hin zu einen „Staatsvertrag“ mit den Berliner Muslimen folgende Aspekte zu bedenken:

- Die Frage nach den „Verhandlungspartnern“ ist eine wichtige Hürde und von zentraler Bedeutung vor der Weiterführung von Gesprächen. Es muss gewährleistet sein, dass alle Glaubensrichtungen durch einige, wenige Dachorganisationen repräsentiert sind.
- Mit einem „Staatsvertrag“ erklären wir die Berliner Muslime auch als Partner auf Augenhöhe. Dies ist ein wichtiger Schritt, der mit Bedacht gegangen werden muss. Wir müssen genau hinsehen, mit wem wir einen „Staatsvertrag“ abschließen, um zu versichern, dass die Vertragspartner die unverzichtbaren Grundwerte unseres Zusammenlebens teilen. Dass dies der Fall ist, muss vor Aufnahme der Verhandlungen gewährleistet sein. Es kann nicht Sinn eines „Staatsvertrages“ sein, die jungen Bemühungen des Wandels bei Verbänden zu belohnen, die in der Vergangenheit deutlich antisemitisch oder anderweitig gruppenbezogen menschenfeindlich aufgefallen sind.

Dem SPD Landesvorstand ist vom Senat in regelmäßigen Abständen über den Fortgang der Gespräche Bericht zu erstatten.

### Stellungnahme der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Seit 2015 findet im Auftrag des Senats ein vorstaatlicher Kommunikations-Prozess mit den Berliner Musliminnen und Muslimen statt. Bis Mitte 2016 Jahres tagen Runde Tische, an denen Vertreterinnen und Vertreter der Berliner Moscheegemeinden und – verbände sowie Expertinnen und Experten teilnehmen. Dabei wird geklärt, bei welchen Themenfeldern Regelungsbedarf zwischen den Musliminnen und Muslimen und dem Land Berlin besteht und wie geeignete Formen der Regelung aussehen. Am Ende des Prozesses wird ein Abschlussbericht mit Empfehlungen an das Land Berlin übergeben werden.